

## Lausitzer-Kohle-Rundbrief

BRUNICOWY ROZGLĚD

**20. August  
2021**

1. Klimapilger wieder in der Lausitz unterwegs
2. Wasserspeicher zum Nutzen der LEAG?
3. Einwendungen gegen Müllverbrennungsanlage in Jänschwalde noch bis 30. August möglich
4. Rekultivierung des Tagebaues Jänschwalde völlig ungeklärt
5. Klimawandel extrem – der Sommer 2021 zwischen Hochwasser und Dürre

### 1. Klimapilger wieder in der Lausitz unterwegs

Wie schon 2018 durchqueren auch in diesen Tagen wieder die Klimapilger das Lausitzer Braunkohlerevier: Am 14. August ist der [5. Ökumenische Pilgerweg für Klimagerechtigkeit](#) im polnischen Zielona Góra gestartet. Insgesamt führt er über 1.450 Kilometer bis ins schottische Glasgow zur dortigen Weltklimakonferenz.

Von Forst kommen die Klimapilger am Abend des 19. August in Kahren an, dem Sitz des Zentrums für Dialog und Wander der evangelischen Landeskirche. Von dort geht es am Freitag, dem 20. August nach Cottbus, am Sonnabend nach Drebkau und am Sonntag weiter nach Proschim, auf dessen Abaggerung das Kohleunternehmen erst Anfang dieses Jahres offiziell verzichtete. Es folgen Brieske und Ortrand. Unterwegs kommen die Pilgerinnen und Pilger immer wieder mit Menschen aus der Region ins Gespräch.

Der 5. Ökumenische Pilgerweg für Klimagerechtigkeit, der vom 14. August 2021 vom polnischen Zielona Góra bis zum 29. Oktober 2021 führt, wird von Evangelischen Landeskirchen, katholischen Bistümern und kirchlichen Hilfswerken getragen. Ausgerichtet wird der 5. Ökumenische Pilgerweg für Klimagerechtigkeit vom Institut für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen.

Jeder und jede kann die Aktion unterstützen und mitpilgern. Man kann nur eine Stunde, nur eine Tagesetappe (max. 25 km) oder auch länger mitlaufen, Dafür kann man sich allein oder auch mit einer Gruppe [anmelden](#). Eine Anmeldung für alle Etappen ist jederzeit möglich. Die vor Ort jeweils gültigen Corona-Schutzmaßnahmen werden selbstverständlich beachtet.



Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	<b>Internet</b> www.kein-tagebau.de <b>E-Mail</b> umweltgruppe@kein-tagebau.de	<b>Telefon</b>  +49 (0151) 14420487	<b>Spendenkonto</b> GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--

## 2. Wasserspeicher zum Nutzen der LEAG?

Das Schema kommt aus früheren Lobby-Kampagnen bekannt vor: Egal, was das Problem ist, Braunkohletagebau ist die Lösung. Aktuell sind Starkniederschläge und Flutkatastrophen als Problem in aller Munde. Laut einem RBB-Bericht von vergangener Woche (brandenburg aktuell vom 12.08.) gibt es nun einen Vorstoß des „Wasser Cluster Lausitz e.V.“, zusätzliche Speicher insbesondere in den Tagebauen der LEAG anzulegen, also des Unternehmens, mit dem auffallend viele Wassercluster-Vorstandsmitglieder engstens verbunden sind. Solange Flutungswasser die LEAG nichts kostet, sind große Wasserflächen allerdings immer auch die preiswerteste Form der Rekultivierung, mehr Landfläche erfordert dagegen die Herstellung von Standsicherheit und ertragsfähigen Böden. Ob es da Zusammenhänge zur Wassercluster-Empfehlung gibt? Das vermutet zumindest ein heute erschienener [Artikel auf energiezukunft.de](http://www.energiezukunft.de). Keine Frage, über die Anlage zusätzlicher Speicher im Spreegebiet muss gründlich und sachlich diskutiert werden. Aber dabei müsste eben auch sichergestellt sein, dass Expertenmeinungen nicht von Wirtschaftsinteressen gesteuert werden.

## 3. Einwendungen gegen Müllverbrennungsanlage in Jänschwalde noch bis 30. August möglich

### Aktionsbündnis: Geplante Anlage weiter nicht genehmigungsfähig

Auch nach Überarbeitung der Antragsunterlagen durch die Betreiber sieht das „Aktionsbündnis contra MVA“ die geplante Müllverbrennungsanlage am Kraftwerkstandort Jänschwalde als nicht genehmigungsfähig an. Als Gründe wurden negative Umweltauswirkungen und erhebliche Mängel beim Brandschutz angeführt. Das Aktionsbündnis hat zusammen mit den betroffenen Gemeinden einen Gutachter beauftragt und die neuen Antragsunterlagen prüfen lassen. Eine entsprechende [Mustereinwendung](#) wurde am 12. August in Jänschwalde bei einer Infoveranstaltung vorgestellt. Einwendungen sind noch bis zum 30. August möglich. Dabei können die jeweilige persönliche Betroffenheit oder weitere Argumente noch in das Schreiben eingefügt werden. Das Brandenburger Landesamt für Umwelt hatte im Frühsommer dieses Jahres die vorliegenden Antragsunterlagen geprüft und Mängel festgestellt. Der Braunkohleverstromer LEAG und der französische Müllkonzern Veolia mussten daraufhin die Unterlagen überarbeiten.

An dem Austausch mit Einwohnern aus umliegenden Orten auf dem Jänschwalder Sportplatz nahmen fast 100 Interessierte teil. „Wir werden weiter gegen die umwelt- und klimaschädlichen Pläne kämpfen“, kündigt Paul Suppan vom Aktionsbündnis an. „Der Irrsinn des Vorhabens wird umso deutlicher, wenn man sich vorstellt, dass die Stadt Cottbus ein klimagerechtes neues Hafenviertel am zukünftigen Cottbuser Ostsee bauen will. Und die neuen Anwohner werden dann über den See auf eine Müllverbrennungsanlage blicken dürfen“, sagt der 21-jährige Jänschwalder. Etwa 600.000 Tonnen des Klimagases CO<sub>2</sub> soll die Anlage einmal ausstoßen, heißt es aus dem Brandenburger Umweltministerium. Das entspricht in etwa der Menge an CO<sub>2</sub>, die durch das gesamte millionenteure Moorschutzprogramm der Landesregierung eingespart werden soll.

Scharfe Kritik gab es nach der Veranstaltung an der Verweigerung eines Dialogs durch das Betreiberkonsortium. Zwar waren mehrere hochrangige Vertreter von LEAG und Veolia auf dem Jänschwalder Sportplatz anwesend; ein Veolia-Vertreter gab den rbb-Abendnachrichten zudem ein Interview. In die Debatte eingebracht haben sich die Industrievertreter jedoch nicht. „Selbst als konkrete Fragen wie nach der Art des zu verbrennenden Mülls aufkamen, schwiegen die Betreiber“, kritisiert Suppan. „Die Anliegen der betroffenen Einwohner lediglich als Hintergrundbild zu missbrauchen, ist nicht unser Verständnis von Dialog und Transparenz“, sagt Suppan. Das Aktionsbündnis hatte die Betreiber bereits mehrfach zur Teilnahme an ihren Veranstaltungen eingeladen, was bislang jedoch immer verweigert wurde.

Gegenüber dem rbb gestand Veolia-Projektleiter Vedad Delic erstmals ein, dass die geplante Anlage für die Fernwärme-Versorgung von Cottbus nicht gebraucht wird, sondern erklärte, dass sie lediglich als ein „Backup“ vorgesehen sei. „Die Aussage werden wir einer kritischen Prüfung unterziehen“, kündigt Suppan an. „Uns ist nicht bekannt, dass hinter jedem Gaskraftwerk für die Fernwärme ein Reservekraftwerk stehen müsste.“ (Pressemitteilung der Bürgerinitiative, verändert)

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	<b>Internet</b> www.kein-tagebau.de <b>E-Mail</b> umweltgruppe@kein-tagebau.de	<b>Telefon</b>  +49 (0)151 14420487	<b>Spendenkonto</b> GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--

## 4. Rekultivierung des Tagebaues Jänschwalde völlig ungeklärt

### Aus dem Arbeitskreis des Braunkohlenaussschusses

Am 12. August trat der Arbeitskreis Tagebau Jänschwalde des Braunkohlenaussschusses in Forst wieder zusammen. Dabei wurde deutlich: Obwohl der Tagebau vor Jahrzehnten geplant wurde, ist zweieinhalb Jahre vor seinem angekündigten Auslaufen rechtlich unklarer denn je, wie die Landschaft nach der Kohlegewinnung hergestellt wird. Pandemie-bedingt war es die erste Sitzung seit längerem. Im Arbeitskreis sind die konkret vom Tagebau betroffenen Kommunen und Ortsteile, Landwirtschaftsbetriebe, Bürgerinitiativen und zuständigen Behörden vertreten, die Sitzungen sind öffentlich.

### Drei-Seen-Wirrwarr geht ins vierte Jahr

Die gemeinsame Landesplanungsabteilung, vertreten durch Frau Trog-Röhr, informierte dabei über den Stand des Zielabweichungsverfahrens zum Tagebau. Bereits im März 2017 hatte die LEAG verkündet, beim Tagebau Jänschwalde statt des im Braunkohlenplan vorgesehenen „Taubendorfer Sees“ drei getrennte Seen zu schaffen. Das Unternehmen will die Landschaft also anders gestalten als es 2002 (beruhend auf den damaligen Unternehmensplanungen) im Braunkohlenplan festgeschrieben wurde. Statt nun ein Verfahren zur Änderung des Braunkohlenplanes einzuleiten, hat die Planungsbehörde erst einmal jahrelang die Verfahrensart geprüft und sich dann für ein sogenanntes Zielabweichungsverfahren entschieden. Der Unterschied: Hier gibt es keine formelle Umweltprüfung und keine Öffentlichkeitsbeteiligung, mit betroffenen Kommunen ist nur ein Benehmen nötig, also kein Einvernehmen. Und: Ein Zielabweichungsverfahren findet erst auf Antrag statt. Den reichte die LEAG dann im Oktober 2020 (!) ein. Zu diesem Zeitpunkt hätte ein unverzüglich eingeleitetes Planänderungsverfahren schon kurz vor dem Abschluss stehen können. Obendrein muss die LEAG ihren Antrag zu den Themen Wasserhaushalt, Naturschutzvorrangflächen und Landwirtschaft aufgrund von Nachforderungen der Behörde noch ergänzen.

Auch ein Zielabweichungsverfahren werde natürlich ergebnisoffen geführt, betonte Frau Trog-Röhr. Wobei es drei möglichen Ergebnisse gibt: Wenn sich die Fachbehörden nicht einigen können, müsste der Antrag abgelehnt werden, ansonsten kann er genehmigt oder unter Auflagen genehmigt werden.

Parallel gibt es zur Herstellung der Folgelandschaft natürlich auch ein bergrechtliches Verfahren, den Abschlussbetriebsplan. Auch hierzu gab es zwar schon einen Antrag, aber auch dieser ist wegen Nachforderungen der zuständigen Behörde LBGR zu überarbeiten. Ein anwesender LEAG-Vertreter erklärte auf Nachfrage, mit der Einreichung werde im Herbst diesen Jahres gerechnet. Zulassen kann das LBGR aber letztlich nur einen Antrag, der sich in Übereinstimmung mit dem geltenden Braunkohlenplan befindet. Sollte sich im Zielabweichungsverfahren eine Änderung ergeben, müsse also auch der ABP entsprechend geändert werden, führte Dr. Münch vom LBGR aus.

### Aktenlage versus Menschenverstand

Auf Nachfrage bestätigten sowohl Dr. Münch als auch Frau Trog-Röhr, der Kenntnisstand der Behörden sei die klare Aussage des Unternehmens, dass der Tagebau Ende 2023 ausgekohlt sein soll. Allerdings gibt dasselbe Unternehmen zum 1.1.2021 einen verbleibenden Kohlevorrat von 36,7 Millionen Tonnen an, der bei Jahresförderungen zwischen 7 und 9 Mio. t schlichtweg gar nicht bis 2023 alle werden kann. In diesem Jahr stand der Tagebau bekanntlich mangels Wirtschaftlichkeit wochenlang still, da ist nicht zu Förderrekorden zu rechnen. Für einen längeren Betrieb müsste ein (Hauptbetriebsplan-)Antrag gestellt werden, der laut Dr. Münch nicht vorliegt. Zudem stellte er auf Nachfrage auch noch einmal klar, dass die wasserrechtliche Erlaubnis des Tagebaues bis Ende 2022 befristet ist und auch der Antrag auf deren Verlängerung noch in Erarbeitung sei.

Hier passt kaum etwas zum anderen: Die wasserrechtliche Erlaubnis nicht zum Hauptbetriebsplan, die Laufzeit des Tagebaues nicht mehr zur Kohlemenge und die geplante Folgelandschaft nicht mehr zum Braunkohlenplan. Arbeitskreisleiter Andreas Stahlberg erwartet daher mit Blick auf die ausstehenden LEAG-Anträge einen „spannenden Herbst“.

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	<b>Internet</b> www.kein-tagebau.de <b>E-Mail</b> umweltgruppe@kein-tagebau.de	<b>Telefon</b>  +49 (0151) 14420487	<b>Spendenkonto</b> GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--

## Wassermmodell im Fluss?

Gespannt sind die Mitglieder des Arbeitskreises auch immer, wenn der Zeitplan zur Flutung des Klinger Sees zur Sprache kommt. Hier nahe der Stadt Forst war der Tagebau in den 1970er Jahren aufgeschlossen worden, dieser Bereich wurde später nicht privatisiert. Der Vertreter der Sanierungsgesellschaft LMBV teilte mit, die Grundwasseranstieg im Zustrom des Sees sei aktuell praktisch zum Erliegen gekommen und erläuterte zum weiteren Zeitplan: „Wir haben ein gemeinsames hydrologisches Großraummodell mit der LEAG und können mittlere Verhältnisse damit gut prognostizieren. Nur die helfen uns nicht, die mittleren Verhältnisse. Zu den Auswirkungen des Klimawandels laufen Forschungen und wir haben uns entschieden, die Ergebnisse dieser Forschungen abzuwarten.“

## Kontroverse zu LEAGs Wind- und Solarprojekten

Unter dem Punkt „Sonstiges“ wurde klar, dass die Pläne der LEAG für großflächige Wind- und Solaranlagen auf Widerstand vor Ort stoßen. „Hier erfolgt eine weitere Ausbeutung unserer Gemarkung“ monierte Frau Lerke aus dem Ort Briesnig (Stadt Forst/Lausitz), der auf dem Landstreifen zwischen Tagebau und Grenzfluss Neiße liegt und jahrzehntelang den Tagebaubelastungen ausgesetzt war. Das Vorhaben mit allein 400 Hektar Solarflächen widerspreche dem Braunkohlenplan, nach dem eine landschaftsgerechte Bergbaufolgelandschaft herzustellen sei und verschärfe das Defizit an Landwirtschaftsflächen. Ihre Sichtweise wurde unterstützt vom Vertreter des Ortes Gosda (Gemeinde Wiesengrund), der zwar Erneuerbare Energien auf der Kippe befürwortet, die konkrete großflächige Planung aber klar ablehnt: „Wir haben über Jahrzehnte mitgewirkt an der Gestaltung der Landschaft, das ist einfach nur noch eine Zumutung.“ Der Vertreter der Forster Stadtverwaltung verteidigte dagegen die Planungen der LEAG, für die in der Stadtverordnetenversammlung am 17. September der Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan geplant sei. In den Ortsteilen wie Briesnig seien die Ortsbeiräte von der Stadt intensiv einbezogen worden.

## 5. Klimawandel extrem – der Sommer 2021 zwischen Hochwasser und Dürre

Nicht einmal der Hochwassersommer hat die Dürre in der Niederlausitz wirklich beendet

02.08.2021: Bei der Bundesmitgliederversammlung der GRÜNEN LIGA im März 2019 hatte der Hydrologe Udo Mellentin das Dürrejahr 2018 ausgewertet, aber auch die klimatologischen Zusammenhänge dargestellt. Viel zu wenige haben vor zwei Jahren diesen aufrüttelnden Vortrag gehört. In seinen Thesen zu den Extremereignissen in 2014 – 2018 hatte Mellentin – im Einklang mit der weltweiten Klimawissenschaft - „regional immer stärker ausgeprägte Trockenheit, Dürre und Hitze“ und „zeitgleich hohe Niederschlagssummen und extremes Hochwasser innerhalb Europas“ konstatiert.

Indem der Strahlstrom (jet stream) schwächer werde und stärker mäandriere, führe der Klimawandel zu verstärkten „Omega-Strukturen“: Über Wochen rühren sich die heißen und trockenen Hochdruckgebiete nicht von der Stelle, während es östlich und westlich davon kühler und feuchter ist als im langjährigen Mittel. Mit dem Klimawandel könnten also die bisher normalen Jahre zur Ausnahme werden: Regelmäßig dürfte man sich entweder auf der feuchten oder auf der trockenen Seite der Omega-Struktur befinden. Die Wahl fällt dann zwischen Beduinentuch und Regenmantel, eine Sommerjacke wird immer seltener benötigt.

Dieses Muster hat sich offenbar im Juli 2021 wiederholt. Nur dass die Dürre diesmal in Amerika und Russland stattfand und die Tiefdruckgebiete sich über Mitteleuropa drehten, ohne dabei vorwärts zu kommen. So bekamen die Hochwassergebiete in Westdeutschland letztlich sämtliches Wasser ab, das sich im bisherigen durchschnittlichen Wettergeschehen bis weit nach Osteuropa verteilt hätte. Auch die Lausitz und damit das Spreegebiet lag eigentlich noch auf der feuchten Seite des Omegas, also im Einfluss der Tiefdruckgebiete und erlebte seit Ende Juni 2021 eine Regenfront nach der anderen. Es ist absurd, aber das Hochwasserjahr hat in unserem Teil Deutschlands noch nicht einmal zu überdurchschnittlichen Niederschlagsmengen geführt:

Während es in Aachen 149 % des langjährigen Juni-Mittels und 287 % des langjährigen Juli-Mittels regnete, fielen in Cottbus 62 % im Juni und 99 % im Juli. (Quelle: [wetterkontor.de](http://wetterkontor.de), langjähriges Mittel 1961-1990)

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	<b>Internet</b> www.kein-tagebau.de <b>E-Mail</b> umweltgruppe@kein-tagebau.de	<b>Telefon</b>  +49 (0151) 14420487	<b>Spendenkonto</b> GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--

Für die Natur, soweit sie sich aus den oberen Bodenschichten versorgt, hat das (nach einem relativ feuchten Mai) noch ausgereicht, um in diesem Jahr sichtlich aufzuatmen. Für das Grundwasser dagegen gibt es zwischen Spree und Oder nach immerhin durchschnittlichen Niederschlagsmengen, gemittelt im Zeitraum Januar bis Mai, keine Entwarnung. Der [Dürremonitor des Umweltforschungszentrums](#) zeigt für den Gesamtboden bis 1,8 m Tiefe Ende Juli 2021 im Osten Deutschlands noch immer große Bereiche mit außergewöhnlicher Dürre, mit einem Schwerpunkt auf der Niederlausitz.

Dass Starkniederschläge kein Grundwasser bilden würden, ist eine grobe Vereinfachung. Konkret hängt es neben der Niederschlagsintensität auch von Geländegefälle und Pflanzenbewuchs ab, wie viel Wasser oberflächlich abfließt. Regenmengen, die in Mittelgebirgen, auf Betonflächen oder hügeligen Maisäckern zu Katastrophen führen, können in flachen Waldlandschaften immer noch versickern. Solche Wälder gibt es in der Niederlausitz und in ganz Brandenburg einige – die keinen Starkregen abbekommen haben. Und so hat der Hochwassersommer 2021 eine doppelte Tragik in West- und Ostdeutschland.

Auch in Zukunft wird es in der Lausitz trockene und feuchte, sogar sehr feuchte Jahre geben. Aber was ist, wenn die feuchten Jahre es nicht mehr schaffen das Grundwasser aufzufüllen, das die Trockenjahre abgesenkt haben? Wie kann es sein, dass angesichts dieser Gefahr Braunkohletagebaue noch immer Tag für Tag die statischen Grundwasservorräte abpumpen dürfen? Das war schon im letzten Jahrtausend keine gute Idee, im Jahr 2021 ist es nur noch Irrsinn.

Umweltgruppe Cottbus e.V. Projektbüro: Straße der Jugend 33 D-03050 Cottbus	<b>Internet</b> www.kein-tagebau.de <b>E-Mail</b> umweltgruppe@kein-tagebau.de	<b>Telefon</b>  +49 (0151) 14420487	<b>Spendenkonto</b> GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00
--	---	---	--